

Perspektiven auf dem Balkan – Von der “Jugosphäre” zur EU

Am 1. Juli 2013 trat Kroatien als 28. Mitgliedsstaat der Europäischen Union bei. 1991 war Kroatien neben sechs weiteren Staaten (Serbien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Montenegro) aus dem Vielvölkerstaat Jugoslawien hervorgegangen. Die Balkanstaaten haben sich seitdem politisch wie wirtschaftlich unterschiedlich entwickelt.

Unter dem Leitsatz “Eine angemessene Zukunft für das Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens gestalten” organisierte das Luxemburger Institut für Europäische und Internationale Studien (LIEIS) vor kurzem in Kooperation mit dem Zentrum für Demokratie der Universität Belgrad sowie mit der lokalen Anglo-Serbischen Gesellschaft eine Konferenz in Belgrad.

“Jugosphäre”

Die von LIEIS-Direktor Armand Clesse geleitete Veranstaltung begann mit einem Blick in die Vergangenheit. Die Konferenzteilnehmer aus Politik und Wissenschaft betrachteten die ethnonationale Entwicklung der Bevölkerung, die in dem von Professor Tim Judah als „Jugosphäre“ bezeichneten Raum zusammenleben, als gemeinsames historisches Erbe der Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Diese Gemeinschaft charakterisiere sich, so Professor Spyros Economides (London School of Economics), durch die slawischen Sprachen, die gemeinsame Kultur und gemeinsame intellektuelle Strömungen. Problematisch hingegen sei, dass kein institutionalisiertes Erbe erfolgte. Professor Slobodan Markovich (Universität Belgrad) merkte an, dass in Zeiten der EU-Krise die Idee von einem Jugoslawien innerhalb der Balkanstaaten gegenwärtig an Popularität gewinne. Aufgrund der jüngsten Erfahrungen im Kosovo-Konflikt 1998/99 sei diese Idee auf politischer Ebene jedoch nicht akzeptabel.

Im Schatten der Europäischen Union

Anschließend konzentrierte man sich auf die politische Gegenwart und die Frage nach der Rolle der Balkanstaaten innerhalb des Gefüges der Europäischen Union. Die Standpunkte der Konferenzteilnehmer hierzu waren sehr unterschiedlich, was die Problematik dieses Themas zum Ausdruck brachte. Der Berater des kroatischen Präsidenten, Professor Dejan Jovic, stellte fest, dass der Beitritt Kroatiens zur EU lediglich einen Anfang der EU-Integration des Balkans bilden könne, da aus der Verlagerung von Souveränität auf eine supranationale Ebene Freiheit und Sicherheit resultierten. Entsprechend seien auch die kleineren Staaten des ehemaligen Jugoslawiens an einer EU-Mitgliedschaft interessiert.

Im Gegensatz dazu forderte Professor Eric Weaver (Universität Debrecen) die realpolitischen Verhältnisse nicht außer Acht zu lassen. Staaten wie Mazedonien, Bosnien und Herzegowina oder Kosovo hätten kaum Chancen, Mitgliedsstaaten der EU zu werden, sie bedürften noch weitreichender ökonomischer und politischer Entwicklung. Spanien beispielsweise erkenne den Kosovo nicht als souveränen Staat an, womit das Land kaum Chancen auf eine EU-Mitgliedschaft habe. Des weiteren erlebe Mazedonien etwa einen langwierigen Namensstreit mit Griechenland, welches das Erbe der angrenzenden

kulturellen Region Makedoniens für sich beansprucht. Voraussetzung für eine EU-Erweiterung sei jedoch ein Konsens zwischen den Mitgliedsstaaten.

Während Fragen zur zukünftigen EU-Angliederung kontrovers diskutiert wurden, herrschte in Fragen der Funktionsfähigkeit der Balkanstaaten überwiegend Einstimmigkeit unter den Konferenzteilnehmern. Die Unterstützung der Staaten durch finanzielle Förderungen der EU, jedoch auch ihre Stärkung als Handelspartner, sei essentiell für deren zukünftige Entwicklung. Professor Mihail Arandarenko (Universität Belgrad) verwies hierbei auf einen aktuellen Bericht der Weltbank über die Balkanregion. Demnach gäbe es akute Probleme insbesondere mit der schleppenden Privatisierung, die dringend benötigte Kapitalflüsse aus dem Ausland hemme. Der lokale Markt sei durch sein niedriges Lohnniveau durchaus attraktiv als Produktionsstandort westlicher Unternehmen, nur müsse dieser Vorteil auch genutzt werden. Ein gutes Beispiel hierfür sei die jüngste Ansiedlung des italienischen Autobauers Fiat in Belgrad.

Auf gesellschaftlicher Ebene hingegen stehe die Funktionsfähigkeit in den Staaten Mazedonien, Bosnien und Herzegowina sowie dem Kosovo auf dem Prüfstand, da die Gräben zwischen den unterschiedlichen Ethnien immer tiefer und die Teilung der Gesellschaft immer wahrscheinlicher würde. So seien die mazedonische Hauptstadt Skopje, die bosnische Stadt Mostar oder die kosovarische Stadt Mitrovica bereits sprichwörtlich geteilte Städte. Sie stünden exemplarisch für die noch zu bewältigenden gesellschaftlichen Probleme und den Bedarf eines Dialogs zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Regionale Kooperation

So konnte auf die Frage nach dem Europäisierungsgrad der Region und insbesondere der drei wirtschaftlich schwächsten und ethnisch am stärksten gemischten Staaten Mazedonien, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo keine eindeutige Antwort gefunden werden. Es besteht jedoch Handlungsbedarf, da die Staaten im Falle, dass sie auf sich allein gestellt blieben, tendenziell stagnierten.

Zum Abschluss der Konferenz wurden daher alternative Modelle der zwischenstaatlichen Kooperation in Form von föderalen oder konföderalen Zusammenschlüssen erörtert. Nach Ansicht von Dr. Adrian Pabst (Kent-Universität) fehle der Region grundsätzlich eine liberale Kultur. Daher sei ein föderales Modell in den politischen Systemen der "Jugosphäre" nur schwer umzusetzen, da es langfristig zu einer Zentralisierung führen würde. Dabei zog Dr. Pabst einen Vergleich zur EU, die immer stärker zu einem zentral gesteuerten System tendiere, obwohl sie ursprünglich als föderales System geplant wurde. Professor Markovich kommentierte die Idee eines konföderalen Systems: Konföderalismus würde langfristig, so habe die Geschichte gezeigt, zu Zersetzung, nicht aber zu Stabilisierung führen.

Die Teilnehmer waren sich darüber einig, dass auf wirtschaftlicher Ebene zwischen den Staaten vermehrt zusammengearbeitet werden sollte. Demgegenüber könne die politische Einigung jedoch nur scheitern. So sei das ehemalige Jugoslawien unter anderem aufgrund einer fehlenden nationalen Identität zerbrochen. Die Nationalitätenfrage spielt dabei eine starke Rolle. So bildeten sich Anfang der 1990er Jahre die montenegrinische oder die bosnische Identität heraus. Je mehr Nationalitäten in einer Region vertreten seien, desto

unwahrscheinlicher sei deren Zusammenschluss zu einem supranationalen Verbund. Somit sei die Wahrung der eigenen Identität und Souveränität ein pragmatisches Argument. Entsprechend könne die Idee der "Jugosphäre" heute kein ausreichendes Bindeglied mehr zwischen den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens darstellen.

Die vom LIEIS organisierte Tagung verdeutlichte, dass sowohl Akademiker als auch Politiker auf dem Balkan vor einem gordischen Knoten stehen. Diesen zu lösen ist eine der großen politischen Aufgaben der Gegenwart. Sie zu bewältigen ist eine Voraussetzung für die angestrebte Sicherheit und Stabilität in Europa. Den Balkanstaaten muss eine Perspektive geboten werden, denn die Region benötigt externe Impulse, um sich in Zukunft weiterentwickeln zu können.

Julius Ohrnberger